



Wofür wir stehen

Positionen und Forderungen des Philologenverbandes NRW
zu aktuellen bildungs- und berufspolitischen Themen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,



Wofür wir stehen. So haben wir unser Grundsatzprogramm genannt, das Sie gerade in den Händen halten oder über unseren Internetauftritt lesen. Wofür wir stehen – das nehmen wir wörtlich. Denn es geht um philologische Haltungen, Überzeugungen und Standpunkte. In elf schul-, bildungs- und berufspolitische

Themenfelder haben wir unser Programm unterteilt – angefangen von Schulstruktur über Pädagogik und Fachlichkeit, bis hin zu Digitalisierung, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Lehreraus- und -fortbildung. Auf der einen Seite kompakt zusammengefasst für den schnellen Überblick, auf der anderen Seite differenzierter dargestellt.

Der Philologenverband Nordrhein-Westfalen steht für starke Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskollegs, also Schulformen mit gymnasialer Oberstufe, in denen unsere Schülerinnen und Schüler ihr Leistungspotenzial bestmöglich

ausschöpfen können. Wir engagieren uns seit vielen Jahrzehnten für ein begabungsgerechtes, leistungsorientiertes und vielgliedriges Schulsystem, in dem alle Bildungsabschlüsse wertgeschätzt und Schulformen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der PhV NRW ist die einzige Interessenvertretung, die sich ausschließlich für Lehrerinnen und Lehrer an den drei genannten Schulformen einsetzt – nicht nur deshalb ist der Philologenverband einzigartig innerhalb der Berufsverbände.

Aus unseren Überzeugungen leiten wir Forderungen ab, die helfen sollen, den Arbeitsalltag von Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land spürbar zu verbessern. Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen sollen sich den Aufgaben widmen können, die Sie mit zu den wichtigsten Menschen in unserer Gesellschaft machen – das sind guter Unterricht und die Konzentration auf die pädagogische Arbeit. Damit setzen Sie die Grundsteine für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und für die Zukunft unseres Landes.

Wir kämpfen für bestmöglichen Unterricht in bestmöglichen Schulen. Auf Landesebene mit politischen Gesprächen, mit unseren Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben, mit Veröffentlichungen, Statements und Pressemitteilungen. In den Regierungsbezirken mit engagierten Personalrätinnen und Personalräten, mit unseren starken Bezirksgruppen und in den Schulen mit Hunderten Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrern aus unserem Verband. Nicht zuletzt auch mit hochwertigen und zeitgemäßen Fortbildungen der PhV-eigenen Akademie für berufliche Bildung.

Alles, was wir tun, machen wir für Sie und ihre Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dafür steht der Philologenverband Nordrhein-Westfalen.

**Herzliche Grüße
Ihre Sabine Mistler**

Landesvorsitzende

VIELGLIEDRIGKEIT STÄRKEN – EINHEITSSCHULE VERHINDERN

- Begabungsgerechtes Schulsystem mit starken Gymnasien, Weiterbildungskollegs und Gesamtschulen
- Wertschätzung aller Bildungsabschlüsse
- Qualitative Vergleichbarkeit des Abiturs an allen Schulformen



Der PhV steht für ein begabungs- und leistungsorientiertes vielgliedriges Schulsystem mit differenzierten Bildungsabschlüssen. Er ist die einzige Interessenvertretung, die sich gezielt für ein starkes Gymnasium und andere Schulformen mit gymnasialer Oberstufe einsetzt. Die bildungspolitischen Grundsätze des PhV sind von einem Menschenbild geprägt, nach dem jeder Mensch – unabhängig von seinen schulischen Leistungen – gleich viel wert ist. Deshalb spricht sich der PhV für die **Wertschätzung aller Bildungsabschlüsse** aus und versteht die Schulformen nicht als Gegeneinander, sondern als passgenaue Angebote für unterschiedliche Schülerinnen und Schüler, deren Individualität ernst genommen und durch verschiedene Bildungsgänge unterstützt und gestärkt werden sollte.

Damit grenzt sich der PhV deutlich von seinen gewerkschaftlichen Mitbewerbern ab, die das gegliederte Schulwesen mit seiner gymnasialen Säule durch ein Einheitsschulsystem ersetzen wollen. Befeuert durch die Inklusionsdebatte werden die vermeintlichen Vorzüge des „längeren gemeinsamen Lernens“ und die Leistungsheterogenität als Chance für erfolgreiche Bildungsprozesse gepriesen. Dies ist ein leider immer wieder **bemühtes Narrativ gewisser Bildungsideologen**, die so versuchen, das Gymnasium als „elitär“ und „selektiv“ zu desavouieren. Das Reden der Einheitsschulfürworter ist auf hehre Vokabeln wie „gerecht“, „inklusiv“ und „zukunftsfähig“ ausgerichtet, entbehrt aber der empirischen Fundierung.

Die Erfahrung lehrt, dass es ein Maß an Heterogenität gibt, dessen Überschreitung zu Nachteilen für die gesamte Lerngruppe führt. Allen Niveaus gerecht zu werden und doch Leistung zu fördern, kommt der Quadratur des Kreises gleich. Insofern überrascht es nicht, dass bei der im Auftrag des Deutschen Philologenverbandes erstellten Studie „Lehrerarbeit im Wandel (LaiW)“ aus dem Jahr 2021 die meisten Lehrkräfte (95%) die **großen Leistungsunterschiede** zwischen den Schülerinnen und Schülern als **Hauptgrund für die Belastung im Lehrerberuf** nannten.

Es gibt in NRW viele Wege zum Abitur, und der Anteil der Studienberechtigten, die zuvor kein Gymnasium besuchten, ist in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden. Der PhV fordert daher die Sicherstellung der **qualitativen Vergleichbarkeit in der gymnasialen Oberstufe** und in der Abschlussprüfung an allen Schulformen, die das Abitur vergeben.

BILDUNG VOM KIND AUS DENKEN – ERFOLGREICHE WEGE ZUM ABSCHLUSS

- Ehrlicher Umgang mit Fähigkeiten, Neigungen und Talenten
- Bessere Durchlässigkeit zwischen allen Schulformen
- Differenzierung nach Leistungsfähigkeit aufrechterhalten



Die vielfältigen tiefgreifenden und lebensverändernden Krisen unserer Zeit zeigen uns täglich, welche **wichtige Rolle Bildung und Erziehung** sowie pädagogische Unterstützung in unserem Land spielen und dass es mehr denn je darum gehen muss, Voraussetzungen für eine **bestmögliche Bildung für alle Schülerinnen und Schüler** dauerhaft und konsequent zu schaffen.

Deshalb muss das Ziel ein Schulsystem sein, das allen Schülerinnen und Schülern eine begabungsgerechte Beschulung und Bildung ermöglicht. Die zunehmende Konzentration auf Schulformen mit gymnasialer Oberstufe zur weiterführenden Schule schafft auch in den Gymnasien eine stärker ausgeprägte Heterogenität, die ein **gezieltes Fordern und Fördern** jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers in Klassen mit oft 30 Lernenden und mehr kaum noch leistbar macht. Der PhV sieht deshalb zukünftig beim Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe eine stärkere zielgerichtete Beratung der Eltern mit einem umfassenden Aufzeigen der individuellen Perspektiven für ihre Kinder im Rahmen der unterschiedlichen Bildungsgänge sowie der Schulabschlüsse und die Aufklärung über deren **Chancen und Möglichkeiten** als dringend erforderlich an.

Auch muss die **Durchlässigkeit zwischen den Schulformen** des differenzierten und integrierten Schulsystems in Zukunft erheblich verbessert werden. Im Mittelpunkt von Schule und Unterricht müssen stets alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Neigungen stehen, die in einem vielgliedrigen Schulsystem

bestmöglich zur Entfaltung gebracht werden können. Das erfordert einen **ehrlchen Umgang mit den Fähigkeiten, Neigungen und Talenten** der Kinder und Jugendlichen durch alle an Schule Beteiligten.

Um, wie § 1 Absatz 2 SchulG fordert, „den Elternwillen“ einerseits und „den Zugang zu schulischer Bildung nach Lernbereitschaft und Lernfähigkeit der Kinder und Jugendlichen“ andererseits bestmöglich in Einklang zu bringen, ist es notwendig, dass sowohl die **Expertise der Lehrerinnen und Lehrer** an Grundschulen als auch der an den Gymnasien bei der Schulformwahl mit eingebracht werden kann, um den geeigneten Bildungsweg für jede Schülerin und jeden Schüler individuell zu finden. Allein der Wille der Eltern ist kein verlässlicher Maßstab für die Einschätzung der Lernbereitschaft und die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder.

Der PhV fordert deshalb eine **stärkere Würdigung der Grundschulgutachten** bei der Auswahl der geeigneten Schulform beim Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe. Das kann auch verhindern, dass bei der Anmeldung an besonders gefragten Gymnasien Kinder mit Gymnasialempfehlung im Losverfahren leer ausgehen, während solche ohne diese Empfehlung einen Platz erhalten.

Außerdem müssen die **Aufnahmebedingungen an den Weiterbildungskollegs modernisiert** und die **Bildungsgänge des Zweiten Bildungswegs noch stärker beworben** werden.

BALANCE STATT BURNOUT – ENTLASTUNG FÜR ALLE LEHRKRÄFTE

- Pflichtstunden auf 23 reduzieren
- Mehr Anrechnungsstunden, insbesondere für Korrekturen
- Konzentration auf das pädagogische Kerngeschäft



Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gymnasien und Gesamtschulen ist höher als in anderen Bundesländern – und trotzdem steigt der Arbeitsumfang immer weiter an. Der PhV fordert die **Reduzierung der Pflichtstundenzahl von 25,5 auf 23 Wochenstunden***, damit die Gymnasien und Gesamtschulen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen können. Darüber hinaus müssen Möglichkeiten zur Arbeit in Teilzeit gewahrt bleiben. Wer seine Pflichtstundenzahl reduziert, macht das nicht voraussetzungslos, sondern leistet einen Beitrag zum Erhalt der eigenen Leistungsfähigkeit und zur **Sicherung der Bildungsqualität**.

Die Überlastung der Kollegien drückt sich in hohen Krankenständen und einem daraus resultierenden enormen Vertretungsaufwand aus. Viele Kolleginnen und Kollegen müssen regelmäßig Mehrarbeit leisten. Um dem entgegenzuwirken, fordert der PhV den Aufbau einer verlässlichen Vertretungsreserve in allen Schulen. Insbesondere im gebundenen Ganztag verhindern zerklüftete Dienstpläne (und fehlende Arbeitsplätze?) mitunter eine effiziente Nutzung der Arbeitszeit. Der PhV tritt auch unter pädagogischen Gesichtspunkten dafür ein, vor allem an den Gymnasien einen flexiblen Ganztag zu ermöglichen.

Die den Schulen für den Ausgleich besonderer unterrichtlicher Belastungen sowie die Übernahme spezieller Aufgaben gewährte Zahl an sog. „**Anrechnungsstunden**“ ist

viel zu gering und muss **dringend deutlich erhöht** werden. Neue Formate der Leistungsüberprüfung, z. B. in den Fremdsprachen, und veränderte Anforderungen an die Form der Korrekturen, aber auch die bei einer immer größeren Gruppe von Schülerinnen und Schülern auch an Gymnasien und Gesamtschulen festzustellenden gravierenden Defizite im Bereich von Rechtschreibung, Grammatik und Zeichensetzung, verlangen den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein Übermaß an Aufwand ab, das kaum noch tragbar ist. Für die Kolleginnen und Kollegen mit Kernfächern kommen zur **Korrekturlast** in aller Regeln Klassenleitungen hinzu, durch die sie in besonderer Weise mit zeitaufwändigen Organisations- und Beratungsaufgaben betraut sind. Der PhV fordert daher die Einrichtung eines zusätzlichen **zweckgebundenen Entlastungstopfs**, der **ausschließlich für Korrekturen** reserviert ist.

Der Philologenverband plädiert für eine radikale **Streichung aller unnötigen Verwaltungsaufgaben** und eine **Konzentration auf das pädagogische Kerngeschäft**. Für die Erledigung notwendiger administrativer Arbeiten müssen Schulverwaltungsassistenten eingestellt werden, die nicht auf die Lehrerstellen angerechnet werden. Ferner muss das Ministerium für Schule und Bildung die Lehrkräfte vor Einführung neuer Projekte durch die **Erarbeitung praxistauglicher Musterkonzepte** unterstützen, die ohne großen Aufwand von den Schulen übernommen werden können.

*Am Weiterbildungskolleg von **22 auf 20 Wochenstunden**

AUSBILDUNG STATT AUSBEUTUNG – JUNGE LEHRKRÄFTE STÄRKEN

- Bessere Rahmenbedingungen für guten Ausbildungsunterricht
- Reduzierung des selbstständigen Unterrichts
- Deutlich höhere Bezüge für LAA



Angehende Lehrkräfte brauchen **bestmögliche Ausbildungsbedingungen**. Deshalb haben für den PhV **Ausbildung und Prüfung stets Vorrang** vor der Unterrichtsversorgung: Referendarinnen und Referendare sind nicht dafür da, um Engpässe bei der Unterrichtsversorgung aufzufangen. Das Referendariat darf nicht mit immer weiter ausufernden Curricula und einem zu hohen Kontingent an selbstständigem Unterricht überfrachtet werden. Deshalb steht der PhV auch der Möglichkeit, bis zu **sechs Stunden Mehrarbeit** vor dem Ablegen der zweiten Staatsprüfung im Referendariat leisten zu können, **sehr kritisch gegenüber**.

Wichtigstes Merkmal einer erfolgreichen schulform-spezifischen, universitären Lehrkräfteausbildung ist aus Sicht des PhV die **Fokussierung auf die Fachlichkeit**. Sie ist für die Unterrichtsplanung, -gestaltung und didaktische Reduktion unerlässlich – dies gilt gleichermaßen für die Gymnasiale Oberstufe und die Sekundarstufe I.

Die Ausbilderinnen und Ausbilder an den Seminaren benötigen hinreichende Spielräume und zumutbare arbeitszeitliche Rahmenbedingungen. Der PhV fordert daher, die Kürzung der Entlastung für die Fachseminare rückgängig zu machen. Auch die **Fachlehrerinnen und Fachlehrer**, die an den Schulen an der Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer beteiligt sind, müssen **zeitlich entlastet** werden.

Zur bestmöglichen Ausbildung zählt auch die gesetzlich verankerte amtsangemessene Alimentation. Dabei ist die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu beachten. Die **Anwärterbezüge** sind bezogen auf die Qualifikation, die LAA mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium mitbringen, **zu niedrig**. Die massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie hohe Anschaffungskosten für Unterrichts- und Arbeitsmaterialien führen dazu, dass die aktuellen Anwärterbezüge Referendarinnen und Referendare teilweise in prekäre finanzielle Verhältnisse bringen. Hinzu kommt die Kürzung der LAA-Bezüge nach nicht bestandener zweiter Staatsprüfung bei gleichzeitiger **Verlängerung des Referendariats**. Wir fordern die **sofortige Abschaffung dieser Regelung**.

Die Übergänge vom Referendariat zur ersten Stelle müssen besser gestaltet werden. Die **Einstellungstermine** ins Referendariat sollten an den Beginn des Schuljahres bzw. -halbjahres **angepasst werden**. Außerdem darf der Einstellungsrythmus der LAA nach ihrem Weggang mitten im Schuljahr nicht dazu führen, dass es Engpässe in der Unterrichtsversorgung an den Schulen gibt.

TATEN STATT WORTE – WERTSCHÄTZUNG AUCH FÜR UNS

- Erhöhung der Stellenzulage für Sek-II-Lehrkräfte
- Deutlich mehr Beförderungsstellen
- Nein zur Einheitslehrkraft



Das Thema Lehrermangel bestimmt die mediale Öffentlichkeit, politische Lösungen konzentrieren sich auf die Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigern sowie Alltagshelfern für die Grundschulen, die monetäre Besserstellung von Primar- und Sek-I-Lehrkräften und eine Imagekampagne. Die Überhänge an den Gymnasien, die wir bis 2026/27 bis zum Ausbau von G9 haben, werden danach in einem **deutlichen Lehrerunterhang münden**.

An **Gesamtschulen** existiert bereits jetzt ein teilweise **dramatischer Lehrkräftemangel**. Die offenen Stellen können auch deshalb nicht besetzt werden, da das Lehrpersonal in dieser Schulform nur zu 47% aus Sek-II-Lehrkräften bestehen darf. Potenzielle Sek-II-Bewerber können somit nicht eingestellt werden und müssen sich teilweise jahrelang mit Befristungen zufriedengeben. Bislang ist für Sek-II-Kolleginnen und -Kollegen **weder spürbare Entlastung noch Wertschätzung** vorgesehen.

Entlastungen schaffen und Wertschätzung zeigen, dies sind die Stichworte, die von Lehrerinnen und Lehrern erwartet werden. Was kommt, sind **dienstliche Maßnahmen**, die **noch größere Frustration** bringen, Einschränkungen der voraussetzungslosen Teilzeit und die Sorge um eine Abordnung gegen den Willen. Gerade an unseren Schulformen ist der Frust sehr groß, sogar Kündigungen sind keine Seltenheit mehr.

Der PhV sieht die Lehrkräfte mit **Verantwortung für das Abitur** nicht ausreichend von der Politik gewürdigt und **zu stark belastet**. Für Wertschätzung genügen keine warmen Worte, **sie zeichnet sich durch Taten aus**.

Wir fordern zur Entlastung eine **deutliche Erhöhung der Anrechnungsstunden**, mit einer festgeschriebenen, nicht verhandelbaren **Entlastung für korrigierende Kolleginnen und Kollegen**, und einer weiteren Entlastung für sonstige Aufgaben. Wir fordern eine monetäre Wertschätzung durch eine deutliche Stellenzulage und signifikant **mehr Beförderungsstellen** nach A 14 und vor allem nach A 15.

Zur dauerhaften **Attraktivierung des Lehrberufs** müssen dringend Maßnahmen greifen, die gerade auch die Sek-II Lehrkräfte motivieren, damit sie ihren Ansprüchen an guten Unterricht mit dem Ziel, ihre Schülerinnen und Schüler erfolgreich zu einem bundesweit vergleichbaren Abitur zu bringen, gerecht werden können. **Bildung braucht mehr Zeit und Anspruch – Bildung braucht mehr Geld!**

Die jeweiligen Schulformen stellen unterschiedliche **fachliche und pädagogische Herausforderungen an die Lehrkräfte**. Dabei ist es nachvollziehbar, an den unterschiedlichen Laufbahnen (2.1 gehobener Dienst/2.2 höherer Dienst) festzuhalten. Im Sinne des mehrgliedrigen Schulsystems, einer nach Schulformen differenzierten Lehrerausbildung und des Erhalts eines konkurrenzfähig bleibenden Bildungssystems, **darf es zukünftig keinen Einheitslehrer geben**, der von Schulform zu Schulform hin und her geschoben werden kann. Dies trüge nicht zu Wertschätzung, sondern zu Entprofessionalisierung bei.

ARBEITSPLATZ SCHULE – OHNE MANGELVERWALTUNG UND SANIERUNGSSTAU

- Investitionsstau beseitigen
- Zeitgemäße Technik, Lehrmittel und Sammlungen
- Moderne Schulgebäude und Sportstätten



Die Unterschiedlichkeit der Schulstandorte in Nordrhein-Westfalen und die große Anzahl an Schulgebäuden korrelieren mit einem fast **unüberschaubaren Maß an Heterogenität** hinsichtlich des Gebäudezustandes und der Ausstattung der Schulen. Wo man mancherorts hochmoderne, durchdachte und lichtdurchflutete Schulgebäude vorfindet, verfügen anderen Schulgebäude nur über Einfachverglasung und ihr Sichtbeton versprüht nach außen **den Charme von Industriebauten**. Noch breiter gefächert ist die **qualitative Streuung im Bereich der digitalen Infrastruktur**. Auch darf es nicht als selbstverständlich angenommen werden, dass Schulen über genügend und gut ausgestattete Fach- und Unterrichtsräume verfügen – von Lehrerarbeitsplätzen, die diesen Namen auch verdienen, einmal ganz zu schweigen.

Die wenig motivierende Wirkung, die das Lernen und Arbeiten in heruntergewirtschafteten Betonbunkern für Kolleginnen und Kollegen, aber auch für Schülerinnen und Schüler dabei mit sich bringt, kann dabei gar nicht groß genug eingeschätzt werden. Mancher Mangel wird durch großes **Engagement von Schulleitungen, Kollegien und Eltern aufgefangen** und kompensiert und vielerorts scheinen die Verantwortlichen immerhin auch die Zeichen der Zeit erkannt zu haben.

Für den PhV ist es vor dem Hintergrund dieser hier nur skizzenhaft umrissenen Problematik wichtig, dass im Sinne einer Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse

landesweit alle Schulen in einem bestmöglichen Zustand sind oder auf dem schnellsten Weg ertüchtigt und saniert werden sollten. Der **Zustand von Schulgebäuden** darf dabei kein **Standortnachteil** sein, bei dem finanzschwache Städte, Kreise und Kommunen auf der Strecke bleiben. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen dem Land und den Schulträgern dürfen dabei kein Argument sein, um **notwendige Sanierungen, Modernisierungen und Neubauvorhaben** auf die lange Bank zu schieben – der **Handlungsdruck besteht** vielerorts jetzt.

Das in diesem Bereich bisweilen als Ausrede heran gezogene Kompetenzgerangel sollte einer **lösungsorientierten Pragmatik** weichen, damit unsere Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskollegs in baulicher und sächlicher Hinsicht **attraktive Arbeitsplätze** bieten, in denen sich die Kolleginnen und Kollegen voll auf Ihre herausfordernden Aufgaben konzentrieren können, ohne dass Sie Angst haben müssen, dass der Putz von der Decke fällt. Auch dem **absehbar wachsenden Raumbedarf im Kontext der Umstellung auf G9** wurde bis dato von Seiten der Verantwortlichen nicht hinreichend Rechnung getragen.

Dabei muss eine **dauerhafte Finanzierung von Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen** ebenso gewährleistet sein, wie über die reine Anschubfinanzierung hinaus gehende Investitionen in eine moderne technische und digitale Infrastruktur.

GEGEN EINHEITSBREI - BILDUNG ERHALTEN UND STÄRKEN

- Fachlichkeit bewahren und kultivieren
- Verbindliche Leistungsanforderungen und ehrliche Noten
- Vertiefte Allgemeinbildung und echte Ausbildungs- und Studierfähigkeit



Zu den vorrangigen bildungspolitischen Zielen des PhV zählt die **Stärkung des gegliederten Schulsystems** mit seinem nach Schularten differenzierten Bildungsbegriff. Im Gegensatz zu den unverkennbaren Nivellierungstendenzen seiner gewerkschaftlichen Mitbewerber steht der PhV für ein **klares Bekenntnis zum Gymnasium** mit seinen anspruchsvollen **Zielen der Wissenschaftspropädeutik, der allgemeinen Studierfähigkeit und der vertieften Allgemeinbildung**. Gymnasiale Bildung besteht nicht nur in der Hinführung zum Abitur. Als spezifische Merkmale gymnasialer Bildung gelten Methodenbewusstsein, Reflexionsvermögen, Erkenntniskritik, die Fähigkeit zu problemorientiertem und interdisziplinärem Denken sowie Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.

Der PhV wendet sich gegen ein an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiertes Bildungsverständnis, das Bildung auf messbare Kompetenzen und verwertbare Inhalte reduziert. Um das **primäre Bildungsziel** der Entwicklung einer **eigenständigen Persönlichkeit** zu erreichen, muss die Zweckfreiheit der Bildung gegen eine rein funktionale Betrachtungsweise verteidigt werden.

Damit die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen vorbereitet werden, bedarf es der Fachexpertise verschiedener Fächer. **Fachlichkeit ist der Markenkern gymnasialer Bildung**. Sie ist gekennzeichnet durch die Wahl der Inhalte und die Zuordnung zu Fächern. Nur auf der Basis eines **anspruchsvollen Fachunterrichts**

können Schülerinnen und Schüler an die hochkomplexen Schlüsselprobleme unserer Gesellschaft herangeführt werden. **Fachlichkeit zu bewahren** und zu pflegen ist die Voraussetzung für eine breite und **vertiefte allgemeine Bildung**.

Dabei bekennt sich der PhV zu den **hohen Leistungsanforderungen des Gymnasiums** und wendet sich gegen die Aufweichung des Leistungsprinzips. Der politisch gewünschte Trend zu immer besseren Noten birgt die Gefahr, dass diese ihre Aussagekraft verlieren und Qualitätsunterschiede bei den Abschlüssen nicht mehr hinreichend deutlich werden. Im Sinne der **Qualitätssicherung schulischer Abschlüsse** müssen auch aktuelle didaktische Moden mit Blick auf ihre Effektivität kritisch hinterfragt werden.

Der PhV grenzt sich deutlich von den Wunschträumen einer Schule der Zukunft ohne Noten und Anstrengung und von der **Degradierung der Lehrkräfte zu Lernbegleitern** ab. Die **bestmögliche Bildung** erhalten Schülerinnen und Schüler in einem **fördernden und fordernden Fachunterricht**, in dem die **Lehrkraft als fachliche Autorität** auftritt, den Unterricht methodisch vielfältig gestaltet und didaktisch durchdacht steuert.

FOKUS STATT FRUST – DIGITALISIERUNG OHNE STÖRUNGEN

- Datenschutzgarantie ohne digitale Leistungskontrolle
- Externer Support für IT-Technik
- Gesicherte Finanzierung der digitalen Infrastruktur



Die technische Ausstattung der Schulen mit einer **zuverlässigen, leistungsfähigen und einfach zu bedienenden digitalen Infrastruktur** bildet die Grundlage für die Entwicklung didaktischer Konzepte für die Nutzung digitaler Medien und Tools.

In den letzten Jahren sind bei der technischen Ausstattung erhebliche Fortschritte erzielt worden. Für viele Schulen bzw. Schulträger stellt sich allerdings nun das **Problem der weiteren, gesicherten Finanzierung** von Hard- und Software (inkl. Instandhaltung) sowie des Supports der IT-Technik („digitaler Hausmeister“). Bund, Länder und Kommunen müssen hier zu langfristig zuverlässigen Finanzierungslösungen kommen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der **externe Support** für die IT-Technik an jeder Schule **gewährleistet** ist. Im Idealfall sollte der externe Support mit mindestens einer Person dauerhaft in der Schule oder in einem Schulzentrum persönlich ansprechbar sein, um etwaige Probleme sehr zeitnah zu lösen und **auch den First-Level-Support** zu übernehmen. Falls dieser nicht extern geleistet wird, müssen diejenigen Lehrkräfte angemessen entlastet werden, die sich zurzeit um den technischen Support an der eigenen Schule kümmern.

Bei der **Nutzung digitaler Endgeräte durch Schülerinnen und Schüler** muss sichergestellt sein, dass diese Geräte in der Schule auch nur für unterrichtliche Zwecke genutzt werden und den Anforderungen von Prüfungssicherheit entsprechen.

Für **Lehrkräfte** muss gewährleistet sein, dass bei der Nutzung ihrer dienstlichen Endgeräte der **Schutz ihrer Daten** garantiert ist und **keine Leistungs- und Verhaltenskontrolle** erfolgt. Durch entsprechende Nutzungsvereinbarungen sollte außerdem darauf geachtet werden, dass es **nicht zu einer Entgrenzung der Arbeitszeiten** kommt.

Nach der positiven Prüfung zur Zukunftsfähigkeit von **LOGINEO NRW** muss sich die **zeitnahe Weiterentwicklung** der drei Bereiche „Schulplattform, Lernmanagementsystem und Messenger“ an den Kriterien der Praktikabilität, Kompatibilität und Leistungsfähigkeit orientieren. Die Schulen können von ihren Systemen nur auf LOGINEO NRW umsteigen, wenn entsprechende Schnittstellen zu bestimmten Tools vorhanden sind und vor allem das LMS vergleichbar leistungsstark und leicht bedienbar ist wie entsprechende Angebote der Privatwirtschaft. Ein Mehrwert von LOGINEO NRW liegt u. a. im Schutz der Lehrkräfte vor Entgrenzung ihrer Arbeitszeit durch eine verbindliche Dienstvereinbarung, dieser Schutz muss allen Lehrkräften zuteilwerden.

BILDUNG FIRST – DIGITALISIERUNG MIT WEITSICHT

- Pädagogische Freiheit beim Einsatz digitaler Medien
- Zertifiziertes Unterrichtsmaterial für jedes Fach
- Hilfreiche und verlässliche Lernplattformen



Während die Relevanz der **Digitalisierung in unseren Schulen** unbestritten ist, betonen wir die Bedeutung ihrer **bedachten Umsetzung**.

Bei der Entwicklung didaktischer Konzepte zur Nutzung von digitalen Medien und Tools muss der **gymnasiale Bildungsauftrag** (Vermittlung von Mündigkeit in sozialer Verantwortung sowie von grundlegenden Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten bzw. Wissenschaftsorientierung in der Oberstufe) den Rahmen für zentrale Entscheidungen bilden. **Medienbildung** trägt zur Mündigkeit bei und beinhaltet selbst schon die Notwendigkeit von Einschränkungen der digitalen Mediennutzung (vgl. z. B. das Problem hoher Bildschirmzeiten). Eine **Ausgewogenheit von analogen und digitalen Unterrichtskonzepten** sollte das Ziel sein. Dazu gehört beispielsweise auch eine Nutzung bestimmter digitaler Medien und Tools erst ab der 8. Klasse, wie es die SWK der KMK für LLM empfiehlt. Nur auf Grundlage eigener fachlicher Kenntnisse sowie Schreib- und Lesekompetenzen ist z. B. ein reflektierter Einsatz von textgenerierender KI durch Lernende möglich. Daher bleibt die **fachliche Bildung** der Kern gymnasialer Bildung.

Digitale Medien und Tools, aber auch entsprechende Unterrichtskonzepte müssen kritisch daraufhin geprüft werden, inwiefern sie jeweils **lernförderlich** sind.

Dies ist zum einen Aufgabe der einzelnen Lehrkraft, deren in der ADO (§ 5) garantierte **pädagogische**

Entscheidungsfreiheit weder durch zu enge Vorgaben des MSB noch der eigenen Schule eingeschränkt werden darf.

Als Lehrkräfte benötigen wir zum anderen die **Bereitstellung von zertifizierten Bildungsmedien**, die neben den bisherigen Lernmaterialien auch die digitalen Medien und Tools für alle Fächer umfassen. Dazu brauchen wir einen datenschutzkonformen und kostengünstigen bzw. kostenfreien Zugang für Lernenden sowie Lehrende zu diesen Bildungsmedien auf **geeigneten Lernplattformen**.

Im Bereich der **Weitebildungskollegs** tritt der PhV für einen **weiteren Ausbau und eine weitere Öffnung des Lehrgangs Abitur-Online** ein.

FÜRSORGEPFLICHT ERNSTNEHMEN – LEHRERGESUNDHEIT STÄRKEN

- Resilienz hat Grenzen, Verhältnisse verbessern
- Gesundheitsschutz nicht nur auf dem Papier
- Klare Kante bei Gewalt gegen Lehrkräfte und schulisches Personal



Ständige Erreichbarkeit, Termindruck und fachliches und soziales Multitasking: **Unser Alltag** am Gymnasium, an der Gesamtschule und am Weiterbildungskolleg **kostet immense Kraft**. Sich ausgepresst zu fühlen wie eine Zitrone, das ist die Grundbefindlichkeit vieler Kolleginnen und Kollegen, nicht erst vor den Ferien. Viele gehen gerade an den von uns vertretenen Schulformen über ihre Grenzen, nehmen sich nicht die Pausen, die sie brauchen, erscheinen auch krank beim Dienst (Präsentismus), weil sie wissen, dass die so entstandene Lücke durch ebenfalls am Limit arbeitende Kolleginnen und Kollegen gefüllt werden müsste und Schülerinnen und Schüler ihre vertrauten Kurs- und Fachlehrer zum Lernen brauchen.

Die langfristigen Folgen dieser **zermürbenden Mixtur aus dienstlichem Hochdruck und pädagogischer Hingabe** sind für die Betroffenen und ihre Kollegien oft fatal: Fluchtgedanken, Rückzug in schwere Erschöpfung, Burnout und langfristige Erkrankung sind immer häufiger Gegenstand von Beratungsgesprächen mit Personalräten. So darf es nicht weitergehen. Wir Lehrkräfte benötigen jetzt die Fürsorge unseres Dienstherrn dringender denn je. Er ist in der Pflicht, **unsere Gesundheit zu stärken** und Bedingungen für eine dauerhafte Ausübung unseres Lehrerberufs unter erschwerten Bedingungen zu schaffen.

Gern wird vom Dienstherrn die Verantwortung für die Lehrkräftegesundheit den Betroffenen selbst zugeschoben: Lehrkräfte sollen „resilient“ sein, heißt es, sie

müssten sich nur selbst besser „managen“ lernen. Ob derartige salutogenetische Mythen aus Unwillen oder aus Unkenntnis gestreut werden: Wer allein die **Verantwortung bei den Lehrkräften** sieht, gerät allzu leicht in den Verdacht, **sich der Verantwortung zu entziehen**. Diese ist gesetzlich klar umrissen und erschöpft sich nicht im allgemeinen Begriff der Fürsorge, sondern muss in konkreten Maßnahmen Gestalt annehmen.

Die **Gesundheit einer Lehrkraft** ist vielleicht abhängig von ihrem Verhalten, in jedem Fall aber **von den Verhältnissen**, in denen sie arbeitet. Diese gilt es zeitnah und nachhaltig zu verbessern: Im Falle der Gymnasien und Gesamtschulen kann dies nur durch Absenkung des Stundendeputats, bessere Personalausstattung und **wirksamen Schutz** vor ständiger Inanspruchnahme durch fordernde Eltern, Schülerinnen und Schüler und Vorgesetzte erreicht werden.

Klare Kante des Dienstherrn fordern wir auch beim Thema **Gewalt gegen Lehrkräfte**. Wir fordern eine **Null-Toleranz-Politik** unseres Dienstherrn, der sich konsequent und schützend vor seine Lehrkräfte stellen sollte. Zu einem **wirksamen Schutzkonzept** gehört es auch, das Thema Gewalt in allen ihren Ausprägungen und Formen schulintern zu **enttabuisieren**. Die Schulaufsicht ist in die Pflicht zu nehmen, die Last der Verantwortung bei der Ahndung und Aufarbeitung von Gewaltvorfällen von den Schultern der betroffenen Kolleginnen und Kollegen und Schulleitungen zu nehmen.

INHALTE STATT IDEOLOGIE – FORTBILDUNGEN MIT SUBSTANZ

- Professionell, relevant, praxisnah
- Vorfahrt für Fachlichkeit
- Keine Ausweitung der Arbeitszeit durch Fortbildungen



Viele Kolleginnen und Kollegen haben Glück: Sie sind in Netzwerke **kompetenter Fachmoderatorinnen und Fachmoderatoren** eingebunden, die aktuelle Unterrichtsthemen und relevante didaktische Fragen in gymnasialer Fachlichkeit aufgreifen und in regelmäßigen Treffen den fachlichen Austausch fördern. Dieser Zugang zu **substanzieller Fortbildung** ist Ausdruck von Fürsorge und sollte im Land nicht Glücks-, sondern Regelfall sein.

Das Fortbildungswesen des Landes steht indes in der Kritik. Beklagt wird die **schwierige Zugänglichkeit von Veranstaltungen**, schwer erkennbarer oder gar nicht erst vorhandener Schulformbezug und eine oft ideologische Ausrichtung zeitaufwändiger und als „Fortbildungen“ getarnter Schulentwicklungsprojekte. Lehrkräfte fühlen sich nach langen pädagogischen Tagen oftmals eher moralisch belehrt als fachlich inspiriert. Die erfolgreiche Bewältigung der **immensen pädagogischen Herausforderungen** des Schulalltags wird im Rahmen solcher Tage gern zu einer Frage der persönlichen Haltung herabbagatellisiert. **Fachlicher Mehrwert für den eigenen Unterricht** ist jedoch genau das, was Fortbildungen bieten sollten.

Fortbildung ist für uns Lehrkräfte **unverzichtbar**. Gern verweist die Politik auf die besondere Bedeutung von Fortbildung, damit Lehrkräfte die großen schulischen Herausforderungen wie Digitalisierung und Integration meistern können. Fortbildung ist aber kein Allheilmittel. Die **Bewältigung dieser Herausforderungen** ist nur in Teilen abhängig vom Handeln der Lehrkraft. Sie ist vor allen Dingen

abhängig von den Ressourcen, die uns in Schule zur Verfügung gestellt werden.

Für ein funktionierendes und an den Bedarfen orientiertes Fortbildungswesen muss das Land die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen schaffen: **Veranstaltungen** müssen **sichtbar und zugänglich** gemacht werden, erkennbarer Schulformbezug in gymnasialer Fachlichkeit ist für die Akzeptanz in den Kollegien unabdingbare Voraussetzung. Zeit zur Fortbildung entsteht nur dann, wenn die sonstigen Aufgaben von uns Lehrkräften weniger werden. Eine **Reduzierung des Stundendeputats** ist auch hier die wichtigste Bedingung für professionelle Fortbildung.

JETZT MITGLIED WERDEN!

Profitieren Sie von den vielseitigen Vorteilen und Leistungen:

- Wir sind Ihr Ansprechpartner in allen Fragen rund um Schule und Unterricht.
- Wir bieten Ihnen kompetente Rechtsberatung sowie den notwendigen Rechtsschutz in dienstlichen Belangen.
- Wir vertreten Ihre Interessen gegenüber Politikern und Öffentlichkeit.
- Wir ermöglichen Ihnen exklusive Rabatte bei unseren Kooperationspartnern.
- Wir informieren Sie über die Internetseite und die Mitgliederzeitung Bildung aktuell.
- Wir tun was!



phv-nrw.de/
mitglied-werden

Mitgliedsantrag

Ich möchte mich dem Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen anschließen und erkläre meinen Beitritt

mit Wirkung vom _____

Teilzeit nein ja, mit _____ Wochenstunden

Name, Vorname _____

beurlaubt ohne Bezüge bis _____

Straße, Hausnr. _____

befristet bis _____

PLZ, Ort _____

Ehepartner im Verband?

Geburtsdatum _____

Name, Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer (falls bekannt) _____

E-Mail _____

Mitglied seit (falls bekannt) _____

Schule _____

Kontodaten

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich den Philologen-Verband NRW, den Mitgliedsbeitrag vierteljährlich mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Schulort _____

Fächer _____

Kontoinhaber _____

Dienstbezeichnung _____

Bankinstitut _____ IBAN _____

Besoldungsgruppe/TV-L _____

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte nutzen Sie dieses Beitragsformular oder scannen Sie den QR-Code auf der linken Seite.